Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

17. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. Juni 1963

Nummer 23

Glied-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
7831	4. 6. 1963	Gesetz zur Ausführung des Viehseuchengesetzes (AGVG — NW)	205
804	3. 6. 1963	Bekanntmachung über die Auflösung des Heimarbeitsausschusses für die Kunststoff- und chemische Industrie im Land Nordrhein-Westfalen	207
	29. 3. 1963	Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Rechnungsjahr 1963	207

7831

Gesetz zur Ausführung des Viehseuchengesetzes (AGVG-NW)

Vom 4. Juni 1963

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

I.

Behörden

§ 1

(1) Die Bekämpfungsmaßnahmen nach dem Viehseuchengesetz vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) werden von dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Minister), den Regierungspräsidenten, den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den Ämtern und amtsfreien Gemeinden nach den Vorschriften des Ordnungsbehördengesetzes vom 16. Oktober 1956 (GS. NW. S. 155) angeordnet und durchgeführt, soweit sich nicht aus dem Viehseuchengesetz oder diesem Gesetz etwas anderes ergibt.

(2) Die der Landesregierung durch das Viehseuchengesetz und seine Ausführungsvorschriften übertragenen Verwaltungsbefugnisse werden von dem Minister wahrgenommen.

(3) Der Minister und die Regierungspräsidenten können durch Viehseuchenverordnung

a) zur zweckmäßigen Bekämpfung von Tierseuchen ihre Verwaltungsbefugnisse auf die in Absatz 1 bezeichneten nachgeordneten oder ihrer Aufsicht unterstehenden Behörden übertragen,

b) die Verwaltungsbefugnisse der in Absatz 1 bezeichneten nachgeordneten oder ihrer Aufsicht unterstehenden Behörden selbst übernehmen, soweit es zur Bekämpfung von Tierseuchen erforderlich ist.

Satz 1 gilt auch für die Kreisordnungsbehörden im Verhältnis zu den Ämtern und amtsfreien Gemeinden.

(4) Der Minister, die Regierungspräsidenten und die Kreisordnungsbehörden sind im Einzelfall befugt, Aufgaben der nachgeordneten oder ihrer Aufsicht unterstehenden Behörden wahrzunehmen, wenn Art oder Umfang einer Seuchengefahr dies erfordern.

§ 2

(1) Der beamtete Tierarzt (§ 2 Abs. 2 Satz 1 des Viehseuchengesetzes) ist Beamter des Landkreises oder der kreisfreien Stadt. Er führt die Aufgaben des beamteten Tierarztes unter der Bezeichnung „Amtstierarzt“ durch.

(2) Zum Amtstierarzt darf nur bestellt werden, wer die Befähigung zur Ausübung der Tätigkeit als beamteter Tierarzt durch eine Prüfung für den höheren tierärztlichen Dienst im Lande Nordrhein-Westfalen oder durch eine vom Minister im Einvernehmen mit dem Innenminister als gleichwertig anerkannte Prüfung erlangt hat.

(3) Die Bestellung eines Tierarztes zum Amtstierarzt wird wirksam, wenn der Regierungspräsident sie nicht innerhalb eines Monats, nachdem sie ihm von der Anstellungskörperschaft mitgeteilt worden ist, beanstandet hat. Die Bestellung kann auf Grund dieses Gesetzes beanstandet werden, wenn sie nach Absatz 2 nicht zulässig ist oder wenn der Tierarzt die für die Ausübung der amtstierärztlichen Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt oder für diese Tätigkeit wegen eines körperlichen Gebrechens oder wegen einer Sucht ungeeignet ist. Wird die Bestellung nicht beanstandet, so gilt dies als Bestätigung im Sinne des § 2 Abs. 2 des Viehseuchengesetzes.

(4) Der Dienstbereich des Amtstierarztes umfaßt das Gebiet der Anstellungskörperschaft. Der Landkreis oder die kreisfreie Stadt kann das Gebiet in mehrere Dienstbereiche aufteilen, wenn dies nach dem Umfang der Aufgaben erforderlich ist. Die Aufteilung bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidenten. Für die gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben des Amtstierarztes in

mehreren Gebietskörperschaften bleiben die Vorschriften des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 26. April 1961 (GV. NW. S. 190) unberührt.

(5) Der Amtstierarzt ist bei

1. amtstierärztlichen Untersuchungen,
2. Gutachten,
3. Schätzungen

im Sinne des Viehseuchengesetzes und der dazu ergangenen Ausführungsvorschriften nicht an Weisungen gebunden.

(6) Die Landkreise und kreisfreien Städte sind für die Erteilung des Auftrages an andere approbierte Tierärzte zuständig, die anstelle der beamteten Tierärzte hinzugezogen werden sollen (§ 2 Abs. 2 Satz 2 des Viehseuchengesetzes). Die Erteilung des Auftrages bedarf der Bestätigung durch den Regierungspräsidenten. Die beauftragten Tierärzte sind von der für ihren Wohnsitz zuständigen Kreisordnungsbehörde auf die gewissenhafte Erfüllung ihres Auftrages zu verpflichten.

§ 3

Die von den Regierungspräsidenten zur Abgabe von Obergutachten nach § 15 Abs. 2 des Viehseuchengesetzes bestimmten Tierärzte sind in ihrer Tätigkeit als Gutachter unabhängig und nicht an Weisungen gebunden.

II.

Viehseuchenverordnungen und Viehseuchenverfügungen

§ 4

(1) Anordnungen auf Grund des Viehseuchengesetzes und seiner Ausführungsvorschriften sind, sofern sie verbindliche Kraft für eine unbestimmte Zahl von Personen haben sollen, als ordnungsbehördliche Verordnungen unter der Bezeichnung „Viehseuchenverordnung“ zu verkünden.

(2) In Viehseuchenverordnungen kann auch auf andere Verordnungen des Viehseuchenrechts verwiesen werden. Insoweit findet § 32 Abs. 2 Satz 1 des Ordnungsbehördengesetzes keine Anwendung.

(3) Auf Viehseuchenverordnungen des Ministers findet § 29 des Ordnungsbehördengesetzes keine Anwendung.

§ 5

(1) Viehseuchenverordnungen der Landkreise und kreisfreien Städte als Kreisordnungsbehörden und der Ämter und amtsfreien Gemeinden als örtliche Ordnungsbehörden sind in einer durch Satzung zu bestimmenden Tageszeitung zu verkünden. Außerdem sind sie wie Satzungen und in anderen Tageszeitungen nachrichtlich bekanntzumachen, soweit diese Körperschaften es beschließen.

(2) In Ämtern und amtsfreien Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern tritt an die Stelle einer Verkündung in einer Tageszeitung die ortsübliche Bekanntmachung durch Aushang oder Ausrufen, wenn das Amt oder die amtsfreie Gemeinde diese Art der Verkündung bestimmt hat. Die Bestimmung ist nach den für Satzungen geltenden Vorschriften bekanntzumachen.

(3) Viehseuchenverordnungen der Kreisordnungsbehörden und der örtlichen Ordnungsbehörden sind nachrichtlich im Regierungsamtsblatt bekanntzumachen.

§ 6

Zuständig für den Erlaß, die Änderung und die Aufhebung von Viehseuchenverordnungen der Kreisordnungsbehörden und der örtlichen Ordnungsbehörden ist die Vertretung; sie kann diese Zuständigkeit auf den Hauptverwaltungsbeamten übertragen. Die Vorschriften des § 9 Abs. 4, des § 30 Abs. 4 und des § 39 Abs. 1 des Ordnungsbehördengesetzes finden keine Anwendung; die Verordnungen sind jedoch dem Regierungspräsidenten unverzüglich nach ihrem Erlaß vorzulegen.

§ 7

Der Minister und die Regierungspräsidenten können Viehseuchenverordnungen der nachgeordneten oder ihrer Aufsicht unterstehenden Behörden außer Kraft setzen.

§ 8

Eine schriftliche Viehseuchenverfügung muß als „Viehseuchenverfügung“ bezeichnet werden und die Gründe erkennen lassen, die zu ihrem Erlaß geführt haben. Auf Verlangen des Betroffenen sind die Rechtsgrundlage der Viehseuchenverfügung sowie eine Belehrung über den Rechtsbehelf schriftlich mitzuteilen. § 20 Abs. 3 des Ordnungsbehördengesetzes findet keine Anwendung.

III.

Entschädigungen, Beihilfen und Darlehen

§ 9

Vorbehaltlich des § 10 ist außer in den Fällen des § 66 des Viehseuchengesetzes eine Entschädigung zu gewähren

1. für Esel, Maultiere und Maulesel, die an Milzbrand gefallen sind, oder an denen nach dem Tode diese Seuche festgestellt worden ist;
2. für Rinder, Pferde, Esel, Maultiere und Maulesel, die an Tollwut gefallen sind, oder an denen nach dem Tode diese Seuche festgestellt worden ist.

Die Entschädigung beträgt in diesen Fällen vier Fünftel des gemeinen Wertes. Im übrigen gelten die Vorschriften der §§ 68, 68a, 69, 70 Nrn. 1 und 2 und 72 des Viehseuchengesetzes entsprechend.

§ 10

Eine Entschädigung wird nicht gewährt

1. in den in § 9 genannten Fällen für Tiere, die innerhalb einer bestimmten Frist vor der Feststellung der Seuche in das Bundesgebiet eingeführt sind, wenn nicht der Nachweis erbracht wird, daß sie erst nach der Einfuhr in das Bundesgebiet angesteckt worden sind; diese Frist beträgt bei Milzbrand 14 Tage und bei Tollwut 180 Tage;
2. für Schlachtvieh, das in Viehhöfen oder in Schlachthöfen einschließlich öffentlichen Schlachthäusern aufgestellt ist;
3. für Hunde und Katzen, die aus Anlaß der Tollwut auf Grund einer Viehseuchenverfügung getötet worden sind, es sei denn, der Tierbesitzer weist nach, daß das Tier im Zeitpunkt der Tötung nicht an Tollwut gelitten hat.

§ 11

(1) Die Entschädigung wird von den Landschaftsverbänden getragen

1. zum Gesamtbetrage
 - a) für Einhufer und Rinder, die aus Anlaß der Tollwut, des Rotzes oder der Lungenseuche auf Grund einer Viehseuchenverfügung getötet worden sind, wenn sie mit einer dieser Seuchen behaftet waren, oder die nach der Verfügung an einer dieser Seuchen gefallen sind;
 - b) in den Fällen des § 66 Nr. 2 des Viehseuchengesetzes bei Rotz und Lungenseuche;
 - c) in den Fällen des § 66 Nr. 4 des Viehseuchengesetzes;
 - d) in den Fällen des § 9 dieses Gesetzes;
2. zur Hälfte für Rinder, die aus Anlaß der Maul- und Klauenseuche auf Grund einer Viehseuchenverfügung getötet worden sind, wenn sie mit dieser Seuche behaftet waren, oder die nach der Verfügung an dieser Seuche gefallen sind;
3. zu zwei Dritteln für Rinder, die aus Anlaß der Tuberkulose auf Grund einer Viehseuchenverfügung getötet worden sind,

wenn sie mit dieser Seuche behaftet waren, oder die nach der Verfügung an dieser Seuche gefallen sind.

(2) Im übrigen wird die Entschädigung vom Land getragen.

(3) Alle Entschädigungen, die nach dem Viehseuchengesetz und diesem Gesetz zu leisten sind, werden von den Landschaftsverbänden festgesetzt und ausgezahlt. Der Anteil, der auf das Land entfällt, ist ihnen zu erstatten.

§ 12

Auch in anderen Fällen als in denen des § 66 des Viehseuchengesetzes und des § 9 dieses Gesetzes können die Landschaftsverbände Entschädigungen für Verluste gewähren, die aus Anlaß von Tierseuchen erwachsen. Die Entschädigung für den Verlust eines Tieres darf vier Fünftel des gemeinen Wertes nicht übersteigen. In den Fällen der §§ 70, 71 Nr. 2 und 72 des Viehseuchengesetzes darf eine Entschädigung nicht vorgesehen werden. Die Vorschriften der §§ 68a und 69 des Viehseuchengesetzes gelten entsprechend.

§ 13

Die Landschaftsverbände können auch Beihilfen und Darlehen gewähren. Sie dürfen jedoch nur gewährt werden

- a) Tierbesitzern, denen durch Maßnahmen, die zur Bekämpfung von Tierseuchen angeordnet waren, schwere wirtschaftliche Schäden entstanden sind,
- b) für die Ausmerzung seuchenkranker, einer Seuche verdächtiger oder der Ansteckung verdächtiger Tiere,
- c) für die Durchführung sonstiger Maßnahmen, die der Bekämpfung von Tierseuchen dienen.

IV.

Tierseuchenkassen

§ 14

Die Landschaftsverbände können von den Tierbesitzern Tierseuchenumlagen erheben, um Entschädigungen zu leisten, Beihilfen und Darlehen zu gewähren, die Verwaltungskosten zu bestreiten und Rücklagen zu bilden.

§ 15

Erheben die Landschaftsverbände Tierseuchenumlagen, so bedienen sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach den §§ 11 bis 13 der Tierseuchenkassen. Diese sind nicht-rechtsfähige Sondervermögen der Landschaftsverbände. Die Sondervermögen und ihre Erträge dürfen nur für die im § 14 genannten Zwecke verwendet werden.

§ 16

(1) Die näheren Vorschriften über die Festsetzung und die Erhebung von Umlagen, die Gewährung von Entschädigungen in den Fällen des § 12 dieses Gesetzes, die Festsetzung und die Auszahlung von Entschädigungen, die Gewährung von Beihilfen und Darlehen sowie die Ansammlung und die Verwaltung von Rücklagen sind durch eine Satzung des Landschaftsverbandes zu erlassen (Satzung der Tierseuchenkasse). Die Satzung bedarf der Genehmigung des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des Innenministers. Die Höhe der Umlagen ist durch die Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes festzusetzen.

(2) Auf Verlangen der Landschaftsverbände sind die Gemeinden und für die amtsangehörigen Gemeinden die Ämter verpflichtet, die Tierseuchenumlagen nach Absatz 1 zu veranlagern, einzuziehen und an die Landschaftsverbände abzuführen. Den Gemeinden und Ämtern ist hierfür eine angemessene Entschädigung zu zahlen, die in der Satzung nach Absatz 1 Satz 1 festzusetzen ist. Soweit Gemeinden und Ämter die Umlagen veranlagern und einzuziehen, entscheiden sie auch über Niederschlagung, Stundung und Erlaß von Umlagen nach den für die Gemeinden geltenden haushaltsrechtlichen Bestimmungen.

(3) Als Verwaltungskosten im Sinne des § 14 gelten auch die Kosten der Feststellung des Krankheitszustandes und der Schätzung, soweit sie nicht dem Staat oder den Landkreisen und kreisfreien Städten zur Last fallen.

(4) In den Satzungen ist zu bestimmen, bis zu welchem Höchstbetrag Rücklagen angesammelt werden dürfen.

§ 17

(1) Zur Beratung in allen Angelegenheiten, die die Tierseuchenkassen betreffen, wird bei jedem Landschaftsverband ein Beirat gebildet (Beirat der Tierseuchenkasse).

(2) Es entsenden je fünf Mitglieder

- a) die Landwirtschaftskammer Rheinland in den Beirat beim Landschaftsverband Rheinland,
- b) die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe in den Beirat beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe.

Die Landwirtschaftskammern können für jedes Mitglied einen Stellvertreter bestimmen.

In jedem Beirat müssen mindestens drei Mitglieder und drei Stellvertreter Tierhalter sein.

(3) In jeden Beirat können der Minister, der Landschaftsverband und der Regierungspräsident je ein Mitglied mit beratender Stimme entsenden. Für die Mitglieder mit beratender Stimme können Vertreter entsandt werden.

(4) Die in Absatz 2 genannten Mitglieder des Beirats und ihre Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig. Ihre Entschädigung wird durch die Satzung der Tierseuchenkasse geregelt.

§ 18

Der Beirat ist vor allen Beschlüssen der Landschaftsverbände in den Angelegenheiten der Tierseuchenkasse zu hören. Er hat das Recht, in diesen Angelegenheiten Anträge beim Landschaftsverband zu stellen.

V.

Verfahren

§ 19

(1) Der Krankheitszustand, der für die Entschädigung in Betracht kommt, wird durch ein Gutachten des beamteten Tierarztes oder in den Fällen des § 15 des Viehseuchengesetzes auf Anforderung des Regierungspräsidenten durch ein Obergutachten (§ 3 dieses Gesetzes) ermittelt. Zur Feststellung des Krankheitszustandes ist der Tierkörper sofort nach der Tötung oder sobald als möglich nach dem sonstigen Eintritt des Entschädigungsfalles durch den beamteten Tierarzt zu untersuchen.

(2) Der Minister regelt durch Verwaltungsvorschriften die Art der Untersuchung und bestimmt insbesondere, in welchen Fällen Untersuchungsstellen zu beteiligen sind. Er kann zur Vereinfachung des Verfahrens durch Rechtsverordnung bestimmen, daß und in welchen Fällen abweichend von Absatz 1

- a) eine Untersuchung vor dem Tode des Tieres als ausreichend anzusehen ist,
- b) eine Untersuchung auf einzelne Tiere eines Bestandes beschränkt werden kann,
- c) auf die Untersuchung verdächtiger Tiere verzichtet werden kann,

wenn hierdurch Nachteile für den Tierbesitzer nicht zu erwarten sind.

(3) Auf Grund der Untersuchungen hat sich der beamtete Tierarzt gutachtlich darüber zu äußern, ob nach dem Gesamtbefund eine Krankheit vorliegt, die nach § 66 des Viehseuchengesetzes oder den §§ 9 und 10 dieses Gesetzes oder den §§ 12 und 16 dieses Gesetzes einen Entschädigungsanspruch begründet.

§ 20

(1) Der Wert des Tieres, der in den Fällen des § 19 Abs. 3 der Entschädigung zugrunde zu legen ist, ist durch Schätzung zu ermitteln (Schätzwert). Die Schätzung soll bei Tieren, die auf Grund einer Viehseuchenverfügung zu töten sind, vor der Tötung und im übrigen unverzüglich nach dem Tode vorgenommen werden.

(2) Ferner ist der Wert derjenigen Teile eines getöteten Tieres, die dem Besitzer verbleiben (§ 68 Abs. 2 letzter Satz des Viehseuchengesetzes), soweit notwendig durch Schätzung, zu ermitteln.

(3) Ändern sich die Voraussetzungen für die Schätzung durch die endgültige Feststellung des Krankheitszustandes, so ist die Schätzung, soweit erforderlich, zu wiederholen.

§ 21

(1) Der Entschädigungsantrag ist an die Kreisordnungsbehörde zu richten. Diese hat die nach § 20 erforderlichen Schätzungen oder Ermittlungen zu veranlassen. Die Schätzung wird durch den beamteten Tierarzt und zwei Schätzer vorgenommen. Die Höhe der Vergütungen für die Tätigkeit der Schätzer setzt der Minister durch Rechtsverordnung fest.

(2) Der beamtete Tierarzt kann die Schätzung allein vornehmen, wenn der beteiligte Tierbesitzer zustimmt und der Schätzwert für die gleichzeitig zu entschädigenden Tiere eines Besitzers einen Betrag nicht überschreitet, der durch Rechtsverordnung des Ministers festzusetzen ist.

(3) Die Kreisordnungsbehörden bestellen jeweils für die Dauer von drei Jahren eine ausreichende Anzahl von Personen, die als Schätzer zugezogen werden können, und verpflichten sie auf gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie bestimmen die Schätzer für den Einzelfall oder für eine Mehrzahl von Fällen.

§ 22

Von der Teilnahme an der Schätzung ist ausgeschlossen,

- a) wer selbst Beteiligter oder gesetzlicher Vertreter eines Beteiligten ist oder wer als Ersatzpflichtiger einem Beteiligten gegenüber in Frage kommt;
- b) der Ehegatte in Sachen des anderen Ehegatten, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht;
- c) wer mit dem Entschädigungsberechtigten in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Annahme an Kindes Statt verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt oder bis zum zweiten Grad verschwägert ist, auch wenn die Ehe, auf der die Schwägerschaft beruht, nicht mehr besteht;
- d) wer im Wirtschaftsbetrieb des Entschädigungsberechtigten angestellt ist;
- e) wer nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist.

§ 23

(1) Über das Ergebnis der Schätzung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von denjenigen, die die Schätzung vorgenommen haben, zu unterzeichnen ist.

(2) Im übrigen kann der Minister das Verfahren bei der Schätzung durch Rechtsverordnung regeln.

§ 24

Auf Grund der Schätzungsgutachten werden der Schätzwert und die Entschädigung durch schriftlichen Bescheid des Landschaftsverbandes festgesetzt.

§ 25

Von der Feststellung des Krankheitszustandes und der Schätzung soll abgesehen werden, wenn nach Ansicht des beamteten Tierarztes feststeht, daß nach den §§ 70 bis 72 des Viehseuchengesetzes in Verbindung mit § 10 dieses Gesetzes eine Entschädigung nicht gewährt werden kann.

Die Feststellung des Krankheitszustandes und die Schätzung sind jedoch auch in diesen Fällen vorzunehmen, wenn der Besitzer des Tieres es beantragt.

VI.

Kosten

§ 26

(1) Soweit nicht in den §§ 27 bis 30 etwas anderes bestimmt ist, tragen

- a) die Anstellungskörperschaften die Kosten der auf Veranlassung von Behörden vorgenommenen Amtsverrichtungen der beamteten Tierärzte und der an ihrer Stelle hinzugezogenen anderen Tierärzte (§ 2 Abs. 2 des Viehseuchengesetzes),
- b) die Behörden, welche Maßnahmen zur Bekämpfung von Tierseuchen verfügen, die Kosten, die ihnen durch die Anordnung, Leitung und Überwachung der Maßnahmen entstehen,
- c) das Land und die Landschaftsverbände in den Fällen, in denen eine Entschädigung zu zahlen ist, die Kosten des Transports, der Tötung, der Schlachtung, der Schlachtier- und Fleischschau sowie die Freibankgebühren; für die Verteilung dieser Kosten gilt § 11 Abs. 1 und 2 entsprechend.

(2) In den Fällen des § 1 Abs. 4 fallen die nach Absatz 1 Buchstabe b entstehenden Kosten jedoch den Behörden der unteren Verwaltungsstufe zur Last.

(3) Die Kosten, die durch die Mitwirkung von Schätzern entstehen, sind den Kreisordnungsbehörden in den Fällen des § 11 Abs. 1 und des § 12 von den Landschaftsverbänden, im übrigen vom Lande zu erstatten.

(4) Die Kosten eines tierärztlichen Obergutachtens nach § 15 Abs. 2 des Viehseuchengesetzes sowie die Kosten einer Untersuchung in Untersuchungsstellen nach § 19 Abs. 2 dieses Gesetzes fallen dem Staate zur Last.

§ 27

Die Kosten der amtstierärztlichen Beaufsichtigungen von Betrieben und Veranstaltungen nach § 16 des Viehseuchengesetzes fallen dem Unternehmer des Betriebes oder der Veranstaltung zur Last. Das gleiche gilt bei den amtstierärztlichen Untersuchungen nach § 17 Nr. 1 des Viehseuchengesetzes und bei den amtstierärztlichen Überwachungen nach § 17 Nrn. 7, 14a, 16, 17 und 19 des Viehseuchengesetzes. Neben dem Unternehmer haftet auch der Eigentümer oder Besitzer der Tiere, die beaufsichtigt, untersucht oder überwacht werden, für die Zahlung der Kosten. Mehrere Personen, die bei demselben Unternehmen oder derselben Veranstaltung oder als Eigentümer oder Besitzer von Tieren beteiligt sind, haften als Gesamtschuldner.

§ 28

Die örtlichen Ordnungsbehörden haben

- a) auf ihre Kosten die Durchführung der Schutzmaßnahmen zu überwachen oder überwachen zu lassen;
- b) die Kosten der Einrichtungen zu tragen, die zur wirksamen Durchführung der Sperre nach § 22 des Viehseuchengesetzes in ihren Bezirken vorgeschrieben werden;
- c) auf ihre Kosten die Hilfskräfte zu stellen, die erforderlich sind, um die durch die zuständige Behörde angeordnete Tötung oder Impfung von Tieren, Maßnahme diagnostischer Art, Zerlegung oder unschädliche Beseitigung von toten Tieren oder Teilen von solchen auszuführen;
- d) im Bedarfsfall auf ihre Kosten die Möglichkeit zu schaffen, daß tote Tiere oder Teile von solchen, die Streu, der Dünger oder andere Abfälle, welche mit dem Ansteckungsstoff behaftet sein können, unschädlich beseitigt werden können; die Vorschriften des Tierkörperbeseitigungsgesetzes vom 1. Februar 1939 (RGBl. I S. 187) bleiben unberührt.

§ 29

(1) Unbeschadet etwaiger privatrechtlicher Ersatzansprüche fallen alle in den §§ 26 bis 28 nicht erwähnten Kosten, die bei der Durchführung der Bekämpfungsmaßnahmen erwachsen, den Beteiligten zur Last. Als Beteiligte sind anzusehen

- a) der Eigentümer, Besitzer oder Begleiter der von den Maßnahmen betroffenen Tiere,
- b) der Unternehmer der betroffenen Betriebe oder Veranstaltungen,
- c) der Eigentümer oder Inhaber der betroffenen Örtlichkeiten, Räume oder Gegenstände.

Mehrere Beteiligte haften als Gesamtschuldner.

(2) In den Fällen des § 25 Satz 2 fallen die Kosten der Feststellung des Krankheitszustandes und der Schätzung dem Antragsteller zur Last, wenn ein Entschädigungsfall nicht vorliegt.

(3) Die örtlichen Ordnungsbehörden sind verpflichtet, auch die in Absatz 1 genannten Kosten, soweit erforderlich, zu verauslagern und im Falle des Unvermögens der Beteiligten zu tragen.

§ 30

Die Kosten von Impfungen, von Maßnahmen diagnostischer Art und von tierärztlichen Behandlungen, die von der zuständigen Behörde auf Grund des § 23 des Viehseuchengesetzes angeordnet oder verfügt worden sind, fallen dem Tierhalter zur Last, soweit sie nicht von dem Bund, dem Land, den Landschaftsverbänden, den Landkreisen, den Ämtern oder den Gemeinden übernommen werden.

§ 31

Der Minister kann durch Rechtsverordnung Gebühren für die Fälle der §§ 27, 29 und 30 festsetzen.

VII.

Schlußvorschriften

§ 32

Der Minister erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

§ 33

Die Landschaftsverbände haben die Vermögenswerte, die aus dem Beitragsaufkommen der Tierbesitzer stammen (§ 11 des Ausführungsgesetzes zum Viehseuchengesetz vom 25. Juli 1911), alsbald nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes den Tierseuchenkassen zuzuführen.

§ 34

(1) Die §§ 16 bis 18, 19 Abs. 2, 21 Abs. 1 und 2, 23 Abs. 2, 31 und 32 des Gesetzes treten eine Woche nach der Verkündung in Kraft; im übrigen tritt das Gesetz am 1. Januar 1964 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

- a) das Ausführungsgesetz zum Viehseuchengesetz vom 25. Juli 1911 (Preuß. Gesetzssamml. S. 149) in der Fassung vom 28. März 1928 (Preuß. Gesetzssamml. S. 45),
- b) die Ausführungsbestimmungen zum Ausführungsgesetz vom 12. April 1912 (Ministerialblatt der Preuß. Verwaltung für Landwirtschaft, Domänen und Forsten — LwMBl. — S. 165) in der Fassung vom 12. Juni 1923 (LwMBl. S. 588), 15. Januar 1924 (LwMBl. S. 70), 3. März 1924 (LwMBl. S. 169), 1. Januar 1933 (MBHv. II S. 13), 2. Oktober 1933 (MBHv. II S. 470), 17. Juli 1958 (GV. NW. S. 326) und 26. Februar 1959 (SMBL. NW. 7831),
- c) die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz vom 28. März 1928 über die Ergänzung des Ausführungsgesetzes zum Viehseuchengesetz vom 16. Oktober 1929 (LwMBl. S. 567),

d) das Gesetz über die Gewährung von Beihilfen bei der Bekämpfung von Tierseuchen vom 5. Dezember 1949 (GS. NW. S. 752),

e) das Gesetz betreffend die Dienstbezüge der Kreistierärzte vom 24. Juli 1904 (Preuß. Gesetzssamml. S. 169).

(3) In dem Gesetz über die Eingliederung staatlicher Sonderbehörden der Kreisstufe in die Kreis- und Stadtverwaltungen vom 30. April 1948 (GS. NW. S. 147) wird in § 1 das Wort „Veterinärämter“ gestrichen.

Düsseldorf, den 4. Juni 1963

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L.S.)

Dr. Meyers

Der Innenminister

Weyer

Der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Niermann

— GV. NW. 1963 S. 203.

804

**Bekanntmachung
über die Auflösung des Heimarbeitsausschusses für
die Kunststoff- und chemische Industrie im Land
Nordrhein-Westfalen**

Vom 3. Juni 1963

Der auf Grund des § 4 Abs. 1 des Heimarbeitsgesetzes vom 14. März 1951 (BGBl. I S. 191) errichtete

Heimarbeitsausschuß für die
Kunststoff- und chemische Industrie
im Land Nordrhein-Westfalen

(Bekanntmachung vom 23. Juli 1959

— GV. NW. S. 132)

wird aufgelöst.

Düsseldorf, den 3. Juni 1963

III B 5 — 8455.1 / XI

Der Arbeits- und Sozialminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

In Vertretung

Hölscher

— GV. NW. 1963 S. 207.

**Haushaltssatzung
des Landschaftsverbandes Rheinland
für das Rechnungsjahr 1963**

Vom 29. März 1963

Auf Grund des § 25 Abs. 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1953 (GS. NW. S. 217) in Verbindung mit § 88 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Oktober 1952 (GS. NW. S. 167) wird für das Rechnungsjahr 1963 folgende Haushaltssatzung bekanntgemacht:

I.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1963 wird im ordentlichen Haushaltsplan

in der Einnahme auf 675 963 950 DM

in der Ausgabe auf 675 963 950 DM

und im außerordentlichen Haushaltsplan

in der Einnahme auf 41 063 800 DM

in der Ausgabe auf 41 063 800 DM

festgesetzt.

§ 2

Die gemäß § 24 der Landschaftsverbandsordnung zu erhebende Landschaftsumlage wird auf 7,5% der für das Rechnungsjahr 1963 geltenden Bemessungsgrundlagen festgesetzt.

§ 3

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufenden Rechnungsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des ordentlichen Haushaltsplanes in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10 000 000 DM festgesetzt. In diesem Höchstbetrage sind keine Kassenkredite enthalten, die auf Grund der Ermächtigung 1962 aufgenommen und noch nicht zurückgezahlt sind.

§ 4

Der Gesamtbetrag der Darlehen, die zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts bestimmt sind, wird auf 26 105 700 DM festgesetzt. Die Darlehen sollen nach dem Haushaltsplan für folgende Zwecke verwendet werden:

1. für Baumaßnahmen einschließlich Betriebsanlagen usw.	16 260 000 DM
a) in der Rheinischen Landesarbeitsanstalt Brauweiler	536 000 DM
b) in dem Rheinischen Landesgehörlosenheim und in den Rheinischen Landesgehörlosenschulen	362 000 DM
c) in der Rheinischen Landesblindenbildungsanstalt Düren	200 000 DM
d) in dem Rheinischen Landeskurheim für Sprachgeschädigte	35 000 DM
e) in den Rheinischen Landesjugendheimen	3 043 000 DM
f) in dem Jugendhof Rheinland	47 000 DM
g) in den Rheinischen Landeskrankenhäusern	12 037 000 DM
2. für Darlehen für den Wohnungsbau	7 020 700 DM
3. für die Aufstockung von Stammkapitalien	1 300 000 DM
4. für den Erwerb von RWE-Aktien	1 525 000 DM
	<u>Insgesamt 26 105 700 DM</u>

Köln, den 29. März 1963

Dr. Daniels
Vorsitzender
der Landschaftsversammlung
Möller-Dostall Hohmann
Schriftführer
der Landschaftsversammlung

II.

Die nach § 25 Abs. 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 88 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen erforderlichen Genehmigungen der Aufsichtsbehörde zu den §§ 2, 3 und 4 sind unter dem 20. Mai 1963 — III B 2 — 9.513—6063/63 — erteilt worden.

III.

Die Einzelpläne des Haushaltsplanes schließen in der Einnahme und Ausgabe mit folgenden Beträgen ab:

Bezeichnung des Einzelplanes	Einnahme DM	Ausgabe DM
0 Allgemeiner Verwaltung	332 450	9 168 850
2 Schulen	1 248 900	3 425 100
3 Kulturpflege	447 950	8 376 000
4 Soziale Angelegenheiten	122 418 600	270 727 700
5 Gesundheitspflege	23 377 250	34 932 450
6 A Bau- und Wohnungswesen	1 217 850	4 233 000
6 B Straßenbau	300 515 200	329 443 450
7 Öffentliche Einrichtungen	1 513 300	1 578 450
8 Wirtschaftliche Unternehmen	8 538 650	8 107 450
9 Finanzen	216 353 800	5 971 500
Summe des ordentlichen Haushalts	675 963 950	675 963 950

IV.

Der Haushaltsplan liegt gemäß § 25 Abs. 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 88 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 18. 6. 1963 bis 25. 6. 1963 im Landeshaus, Köln-Deutz, Constantinstraße 2, Zimmer 468, öffentlich aus.

Köln-Deutz, den 27. Mai 1963

Der Direktor
des Landschaftsverbandes Rheinland
In Vertretung
Dr. G o e k e n

— GV. NW. 1963 S. 207.

Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,25 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Gesetz- und Verordnungsblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich: Ausgabe A 5,50 DM, Ausgabe B 6,80 DM.